Muhasa 5 Kuruştur

ABONE

Dahil için: Aylık 1 75, üç aylık 4,75, altı aylık 8,50, bir senelik 15 lira.
Hariç için: Aylık 5, üç aylık 13, altı aylık 25 R. M. yahut mukabili (Posta ücreti dahil olmak üzre.)

ILANAT

1. Sahifede: santimetresi 100 Kuruş
2. " " 75
3. " " 50
4. " " 30

Idarehane: Tekke Cadesi No 585ve 587
Telgraf adresi Türkpost
Telefon. Beyoğlu 209 ve 210
Posta Kutusu · Galata 209

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Grusch

BEZUGSPREIS

Inland · 1 Monat 1 75 T Pfd. 3 Monate 4.75 T Pfd. 6 Monate 8 50 T Pfd., 12 Monate 15.- T. Pfd Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark, 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert, alles einschliesslich Porto Inserate 1 Seite 1 cm. 100 Grusch, 2 Seite 75 Grusch, 3 Seite 50 Grusch, 4 Seite 30 Grusch.

(INLANDSPREISE)

Geschaftsleitung:
Tekke - Strasse Nr 585-587
Drahtanschr: Turkpost
Fernspr: Pera 209 u 210
Postfach. Galata 209

5. Jahrgang Nr. 120 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Freitag, 2. Mai 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Tagesspiegel.

1 Mayıs hemen her tarafta sükûnetle geçmiştir.
Avusturya başvekili Schober Lonra'ya muvasalat etmiştir.
Cemiyeti akvamın emniyet encümeni dün harbe mümanaat mesaili ile meşgul olmuştur.

Der 1. Mai ist fast überall ruhig verlaufen.
Bundeskanzler Dr. Schober ist in London eingetroffen.
Der Sicherheitsausschuss des Völkerbundes beschäftige sich gestern mit Fragen zur Verhinderung des Krieges.

Vom Tage.

Die bisherigen Saar-Verhandlungen setzten die politische Rückgliederung nicht unbedingt voraus, da nach dem Friedensvertrag auch vor der politischen Rückgliederung die Saargruben von Deutschland zurückgekauft werden können. Die jetzt beginnenden zollpolitischen Verhandlungen haben aber zur Voraussetzung, dass die politische Rückgliederung tatsächlich erfolgt. Der Beginn der ganzen Verhandlungen, angefangen mit der Zusage Briands auf der ersten Haager Konferenz, hatte ja doch zur Voraussetzung, dass man auf französischer Seite die Notwendigkeit dieser politischen Rückgliederung anerkannt hat. In dieser Hinsicht also ist kaum ein Zugeständnis zu verzeichnen, zumal die neuen Abmachungen die Franzosen zu nichts verpflichten, sie vielmehr stets an den Ausgangspunkt der Verhandlungen zurückkehren können. Wenn man die Frage der Verlängerung der Pachtverträge im Warndt aufwirft, so ist zu betonen, dass es sich um ein Zugeständnis von ausserordentlicher Bedeutung handelt. Unter Missachtung aller gesetzlichen Bestimmungen pachtete die Lothringische Grubengesellschaft Kohlenfelder auf saarländischem Boden. Der französische Staat schliesst als saarländischer Grubenbesitzer mit dieser diese Pachtverträge ab, die Regierungskommission gibt ihre Zustimmung, dann werden die besten saarländischen Kohlen von lothringischen Schächten aus abgebaut. In der Saarfrage arbeitet die Zeit für Deutschland und es hat keinen Sinn, die Dinge durch übereilte Zugeständnisse zu überstürzen, denn dafür hat die Saarbevölkerung nicht ihren bisherigen zwölfjährigen Kampf geführt.

Mit der Bank für Internationale Zahlungen ist die Schweizer Stadt Basel als ein weltwirtschaftlich wichtiger Umschaltungspunkt in die internationale Finanzorganisation eingefügt worden. Die Bedeutung dieser grossen Weltbank kann sehr verschiedenartig sich gestalten. Entweder kann diese Bank nur ein wie man sagt „Pariser Gilbert auf Aktien" werden, d. h. eine reine Tributaufsaugungs- und Weiterleitungsstelle, ein Mechanismus in der Hand der Gläubiger, oder diese Bank kann wirklich in enger Fühlung mit den weltwirtschaftlichen und weltfinanziellen Vorgängen die ungeheuren Mittel, die ihr zufliessen werden, zur Befruchtung des Wirtschaftslebens einsetzen, gewissermassen als Sachwalterin einer höheren Idee ausgleichender Gerechtigkeit. Es ist verständlich, dass Deutschland sich dagegen gesträubt hat, dass zum Generaldirektor dieser Bank ein Franzose, ein Vertreter der Hauptgläubigernation gewählt ist, jener Nation, die bisher in brutalstem Siegeregoismus nicht ein Fünkchen Verständnis für Gesichtspunkte des europäischen Allgemeinwohls gezeigt hat. Der stellvertretende Generaldirektor Dr. Hülse, ein Deutscher, sieht sich vor eine ausserordentlich schwierige Aufgabe gestellt. Man wird die praktische Tätigkeit der Bank abwarten müssen, um ein Urteil zu gewinnen über den Spruch und seine Richtigkeit, den die Stadt Basel auf die Erinnerungsplakette anlässlich der ersten Sitzungsperiode des Verwaltungsrates geschrieben hat und der lautet: „Ich (die Bank) verteile nach Gebühr, was mir übergeben wird."

Vor der China-Rußland-Konferenz

Schanghai, 1. Mai (A.A.)

Am 15. Mai beginnt in Moskau die russisch-chinesische Konferenz, welche die Frage der chinesischen Ostbahn regeln soll. Die chinesische Delegation zu dieser Konferenz, bestehend aus 5 Delegierten und etwa 20Sekretären und Dolmetschern, hat Charbin auf dem Wege nach Moskau verlassen.

Um das Abkommen mit Griechenland.

Ueber den Fortschritt der türkisch-griechischen Angelegenheit liegen weiter keine Nachrichten vor. In derHauptstadt hatte vorgestern der griechische Gesandte Polychroniadis mit Außenminister Tewfik Rüchdi Bej eine Unterredung, über deren engeren Gegenstand und Ergebnis jedoch eine Mitteilung nicht erfolgt ist. Das neutrale Mitglied der Austauschkommission Anderson hat sich nach Athen begeben und dort mit dem griechischen Aussenminister zwei lange Unterredungen gehabt. Auch über deren Inhalt ist nichts verlautbart worden.Der griechischeAußenminister wird zu Ehren Andersons ein Festessen geben, an dem auch der türkische Gesandte in Athen Enis Bej teilnehmen wird.

Wird die Devisenhandelsordnung aufgehoben?

Der gestrige „Akscham" veröffentlicht einen Leitartikel seines Herausgebers, des Abgeordneten Nedschmeddin Sadik Bej, der in eindeutigen Worten die baldige Aufhebung der Devisenhandelsverordnung ankündigt. Wir entnehmen diesem Artikel, für dessen Inhalt wir dem „Akscham" die Verantwortung überlassen müssen, die folgenden Ausführungen:

Das Finanzministerium fasst die baldige Aufhebung aller derjenigen Beschränkungen ins Auge, denen die Börsengeschäfte unterworfen sind. Von jetzt ab kann man diese Beschränkungen als ohne weiteren Nutzen betrachten. Die Kursfrage ist tatsächlich gelöst, und dank den Massnahmen der Regierung ist unsere Währung stabilisiert. Das unter der Teilnahme der Banken gebildete Konsortium . . . . . verhindert die Schwankungen unserer Währung und verstärkt deren Haussetendenz. Seit Monaten ist das £ zu einem Kurse um 1030 Pstr. stabilisiert.... Es würde für die Börsenleute sogar sehr leicht sein, den Kurs des £ im Zeichen der herannahenden Exportsaison auf 1000 Pstr. herabzudrücken. Um indessen Schwankungen, welche dem Handel und der Produktion unseres Landes Schaden zufügen können, zu vermeiden und um den türkischen Produzenten und Exporteur nicht zu schädigen, ist man bemüht, unsere Währung zum Kurse von etwa 1060 Pstr. zu stabilisieren.

Unter den Hauptursachen für den Kursrückgang unserer Währung fungiert auch die Verpflichtung, jährlich 2 Mill. Goldpfunde zur Bedienung unserer ausländischen Schuld zu überweisen. Unter den heutigen Umständen wird es uns solange, wie wir diesen Betrag zahlen, unmöglich sein, unsere Währung zu stabilisieren. Im Augenblick der Aufstellung des neuen Budgets und im Namen des Wohles unserer Währung erwartet die Nation von der Regierung wie von der Kammer, dass diese wichtige Frage in ernste Berücksichtigung gezogen wird.

Die chinesischen Zölle.

Peking, 1. Mai (A.A.)

Der gegenwärtig im Kriegszustand mit der Regierung von Nanking befindliche Gouverneur Jen Hsi Schan, der die beiden Provizen Schansi und Schantung kontrolliert, hat zwei Drittel der Seezolleinnahmen von Tientsin mitBeschlag belegt. Außerdem hat der Gouverneur die Einnahmen aus der Salzsteuer konfisziert. Die Steuer und die Zölle dienen bekanntlich als Garantien für chinesische Auslandsanleihen, so daß sich hiesige Finanzkreise wegen des Vorgehens des Gouverneurs lebhaft beunruhigt zeigen.

Italienische Auszeichnung für Michalokopulos.

Athen, 30. April

Der hiesige italienische Gesandte Bastianini stattete in Begleitung des gesamten Personals seiner Gesandtschaft dem griechischen Außenminister Michalakopulos einen Besuch ab und überreichte ihm die Insignien des Großkreuzes des Ordens der Hl. Moritz und Lazarus.

London, 30. April (A.A.)

Nach Beendigung der Osterferien ist das Unterhaus heute nachmittag wieder zusammen getreten.

Der 1. Mai

Der Verlauf im allgemeinen ruhig.

Berlin, 1. Mai.

Nach bisher vorliegenden Meldungen sind die Maifeiern im ganzen Reiche so gut wie ruhig verlaufen. In Berlin und Leipzig kam es zu einigen Zwischenfällen, die jedoch durch Eingreifen der Polizei rasch ausgeglichen werden konnten.

Wien, 1. Mai.

Die sozialdemokratische Demonstration in Wien verlief vollkommen ruhig. Die Polizei zerstreute einige kommunistische Ansammlungen.

Paris, 1. Mai.

In Frankreich kam es lediglich in Paris zu Zusammenstössen zwischen Demonstranten und der Polizei. Die Polizei beschlagnahmte eine grosse Menge kommunistischer Flugblätter, die verteilt werden sollten, und verhaftete einige Personen. Aus dem übrigen Frankreich werden keine Zwischenfälle gemeldet.

Paris, 1. Mai (A.A.)

Der 1. Mai hat einen ruhigen Verlauf genommen, die Zahl der feiernden Arbeiter war weniger gross als im vergangenen Jahre. Nur in der Bau- und in der Taxiverkehrsindustrie ist die Arbeitseinstellung vollständig gewesen. Gegen den verantwortlichen Redakteur der kommunistischen Zeitung „Humanité", gegen die wegen Aufforderung zum Morde und Verleitung von Militärpersonen zum Ungehorsam ein Strafverfahren eingeleitet wurde, ist ein Haftbefehl erlassen worden. Aus den Pariser Vorstädten werden etwa 60 Verhaftungen gemeldet.

London, 1. Mai.

Ein nach Tausenden zählender Demonstrationszug marschierte durch die Stadt. Teilweise wurden Reden gehalten. Unter den Rednern befanden sich auch mehrere Inder, die ihre Ausführungen mit den Worten schlossen „nieder mit dem britischen Weltreich". Vier Personen wurden verhaftet.

Moskau, 1. Mai.

Wie üblich fand auch in diesem Jahre am 1. Mai vor dem Kriegskommissar Woroschilow eine grosse Parade statt. Der Parade wohnten alle Mitglieder der Regierung, Stalin und das gesamte diplomatische Korps bei.

Brüssel, 1. Mai.

Aus Lüttich wird gemeldet, dass ein kommunistischer Demonstrationszug sich vor das Gefängnis begab um die Gefangenen zu befreien. Es gelang der Polizei, die Demonstranten zu zerstreuen.

Tokio, 1. Mai.

Der 1. Mai ist in Tokio verhältnismässig ruhig verlaufen.

Man shreibt das in der Hauptsache dem Umstande zu, dass vorher 150 Personen verhaftet worden waren.

Tokio, 1. Mai (A.A.)

Für den 1. Mai waren in Tokio umfangreiche Sicherheitsmassnahmen getroffen worden; 6.500 Polizisten wurden mobilisiert. Eine Demonstration von etwa 50.000 Menschen, darunter 1000 Frauen, durchzog die Straßen der Stadt. Mehrere Hundert Radikale und Kommunisten sind, um Unruhen vorzubeugen, vorübergehend verhaftet worden. In einer Vorstadt von Tokio ereignete sich ein einziger Zwischenfall. Zwei Polizisten versuchten einen Trupp von 80 mit Bambusstöcken bewaffneten Arbeitern an der Teilnahme an einer Kundgebung zu verhindern, wurden aber von den Leuten angegriffen und verletzt.

In Osaka bildete sich ein Demonstrationszug von 30.000 Menschen in dem auch 1500 Frauen mitmarschierten. In mehreren anderen japanischen Städten fanden Kundgebungen von geringerem Umfange statt.

Warschau, 1. Mai.

Der 1. Mai ist in Polen verhältnismässig ruhig verlaufen. Zusammenstösse fanden nur in Warschau statt, wobei mehrere Personen darunter einige Polizeioffiziere verletzt wurden.

Schanghai, 1. Mai.

Die Maifeiern am heutigen Tage verliefen ruhig. Schwere Zusammenstöße sind nicht gemeldet. 7 Personen wurden verhaftet.

Schanghai, 1. Mai (A.A.)

Die ganze hiesige Polizei war für den heutigen Tag mobilisiert und ausserordentlich strenge Massnahmen waren getroffen worden, um Unruhen vorzubeugen. Der Tag verlief ruhig. Nur in der Nankingstrasse wurde eine kleine Kundgebung veranstaltet, von deren Teilnehmern 7 verhaftet wurden.

Sidney, 1. Mai (A.A.)

Die Polizei zerstreute hier heute vormittag einen kleinen Demonstrationszug, wobei 17 Personen verhaftet wurden.

Vom Völkerbund.

Genf, 1. Mai (A.A.)

Die hier unter dem Vorsitz des tschechischen Außenministers Dr. Benesch tagende Schiedsgerichts- und Sicherheitskommission des Völkerbundes hat gestern nachmittag die allgemeine Diskussion des Entwurfes für ein Abkommen, das geeignete Maßnahmen zurVorbeugung künftiger Kriege vorschlagen soll, beendet. Die Kommission trat dann in die Diskussion der einzelnen Artikel des Projektes ein. Großbritannien hat denVorschlag gemacht, die von derKommission im Jahre 1928 ausgearbeitete Konvention zeitgemäß umzugestalten welchem Vorschlage sich der belgische Delegierte anschloß. Der französische Delegierte Massigli stellte jedoch die Forderung, daß das Abkommen auch Sanktionen vorsehen soll, woran in dem ursprünglichen Entwurfe nicht gedacht gewesen ist. Der deutsche Vertreter sah sich daher gezwungen, diesen Vorschlag zu bekämpfen.

Genf, 1. Mai.

Der Sicherheitsausschuss des Völkerbundes verhandelte heute einen deutschen Antrag zur Verhinderung des Krieges, wonach zwei streitende Staaten auf Anordnung des Völkerbundes selbst nach bereits erfolgter Eröffnung der Feindseligkeiten diese einzustellen und sich auf eine vom Völkerbund zu bestimmende Frontlinie zurückzuziehen haben. Der Antrag wurde einem Redaktionsausschuss überwiesen.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark=50.50 Piaster.

Englischer Riesendampfer gescheitert.

London, 1. Mai (A.A.)

Im St. Lorenzstrom ist gestern abend der englische Dampfer „Empreß ofScotland" aufgelaufen. Die Passagiere wurden mit Fährbooten an Land gebracht. Der Dampfer soll nur unerhebliche Beschädigungen erlitten haben.

Wie die USA die Einwanderungen regeln wollen.

Berlin, Ende April.

Wegen der starken Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten hat kürzlich der Senat die Einwanderungsquote von 2 auf 1 einhalb v. H. herabgesetzt. Für die Berechnung der Einwanderungsquote für die einzelnen Länder ist die Volkszählung vom Jahre 1890 zugrunde gelegt. Die Gesamtzahl der Einwanderer ist von 150 000 auf 120 000 herabgesetzt, wobei jedoch die Möglichkeit besteht, diese Zahl noch weiter zu senken. Die Gegner der Einwanderung haben gegenwärtig eine starke Stellung, denn die schwierigen Wirtschaftsverhältnisse in den Vereinigten Staaten und die Arbeitslosigkeit haben ihnen viele Anhänger verschafft. Man will die Einwanderung in Zukunft überhaupt nur noch unter stark verschärften Bedingungen zulassen. Nur noch Leute von ganz besonderen Qualitäten sollen zugelassen werden, und zwar nur Angehörige solcher Berufe, für die im Wirtschaftsleben ein Bedarf vorhanden ist, der durch das eigene Angebot nicht befriedigt werden kann. Es darf also nach den Wünschen massgebender Kreise nicht mehr dieser und jener einwandern, sondern nur noch solche Leute, die in Amerika wirklich gebraucht werden. Auch soll durch diese Regelung ein Ausgleich unter den einzelnen Berufsgruppen geschaffen werden. Es sollen also nicht Leute aus Berufen einwandern, bei denen schon eine Ueberfüllung vorhanden ist. Man will sogar die Kontrolle auch auf die politische Gesinnung ausdehnen. Unter keinen Umständen will man Kommunisten oder Leute hereinnehmen, die eine politische Tätigkeit unerwünschter Art hervorrufen können.

U. S. A. und das Flottenabkommen.

Washington, 1. Mai (A.A.)

Staatssekretär Stimson hat gestern dem Präsidenten Hoover ein Exemplar des Londoner Flottenabkommens ausgehändigt.

Das offizielle Blatt der Marinekreise „Army and Navy Journal" macht in seiner Besprechung des Flottenabkommens einige Vorbehalte. Das Blatt findet zahlreiche amerikanische Konzessionen ungerechtfertigt. Es kritisiert insbesondere, daß Japans Bestand anSchlachtschiffen und U- Booten eine Verstärkung erfährt, während die den U.S.A. bewilligte U-Boot-Tonnage ungenügend sei.Ferner setzt das Blatt an dem Abkommen aus, dass dasselbe dieFrage der Flottenstützpunkte übergeht.

Newyork, 30. April (A.A.)

Die amerikanische Delegation zur Flottenkonferenz ist mit dem „Leviathan" wieder hier eingetroffen.

London, 30. April (A.A.)

Der japanische Chefdelegierte zur Flottenkonferenz Wakatsuki hat die Rückreise nach Japan angetreten.

Letzte Telegramme.

Bundeskanzler Schober in London.

Paris, 1. Mai (A.A.)

Der österreichische Bundeskanzler Schober ist heute vormittag um 8,25Uhr von hier nach London abgereist.

DerBundeskanzler empfing gestern die Vertreter der französischen Presse, denen er seine Freude über den ihm in Paris gewordenen warmen Empfang aussprach. Der Bundeskanzler sprach dann von der bevorstehenden Auflegung der neuen österreichischenBundesanleihe im Auslande und betonte die friedliche Gesinnung der Bevölkerung Deutsch-Oesterreichs.

London, 1. Mai.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober ist hier eingetroffen. Er wurde am Bahnhof vom österreichischen Gesandten und von einem Vertreter des britischen Aussenamtes empfangen.

Der „Zeppelin".

Berlin, 1. Mai.

Die Schweizerfahrt des Luftschiffs „Graf Zeppelin" ist auf morgen festgesetzt.

Trotzki soll die russische Staatsangehörigkeit entzogen werden.

Kowno, den 1. Mai.

Im Zusammenhang mit den letzten VeröffentlichungenTrotzkis, die sich gegen die Sowjetunion richten und insbesondere die gegenwärtige Politik Stalins scharf bekämpfen, haben mehrere kommunistische Organisationen bei dem Politischen Büro der kommunistischen Partei der Sowjetunion den Antrag gestellt, das Präsidium des Vollzugskomitees der Sowjetunion solle Trotzki die russische Staatsangehörigkeit entziehen, weil er sich an der Hetze gegen die Partei und die kommunistische Internationale beteiligt habe. Die höchsten Parteiinstanzen sollen diesem Antrag einiger kommunistischen Organisationen stattgeben.

Würde dem Ersuchen der kommunistischen Organisationen von den höchsten Parteiinstanzen entsprochen werden, würde Trotzki die russische Staatsangehörigkeit sofort verlieren.

Zusammenfassung der Kräfte in Italien.

Von Dr. Otto Siegel-Berlin.

In keinem zweiten Lande konnte die Ausübung der Politik, derWirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik in so systematischerWeise erfolgen, wie es in Italien der Fall war. Die geschlosseneAusübung der politischen Willensbildung musste hier naturnotwendig Lösungen schaffen und Ergebnisse erzielen, die sich in der Kürze der Zeit und in der Zielsicherheit ihrer Methoden in einem Staate des demokratischen Parlamentarismus nicht im entferntesten Masse hätten durchsetzen lassen. Die politischenMachthaber sind dort daher auch bewusst darauf ausgegangen, den politischen Aufbau des neuen Italiens so zu gestalten, dass die hemmenden Momente bei der Ausführung desReformwerkes völlig ausgeschaltet wurden und alle Bestrebungen sich zwangsläufig in den Staatsgedanken einordnen mussten.Der Faschismus hat diese Entwicklung unaufhörlich verfolgt und noch imHerbst des verflossenen Jahres unter der Devise „Vom syndikalistischen zum korporativen Staat" einen weiteren Abschnitt in derFormbildung seiner praktischen Politik zurückgelegt. Er scheute sich auch nicht, Veränderungen im *Aufbau der systematischen Gliederung* eintreten zu lassen, wenn es galt, eine noch stärkere Zusammenfassung der im Dienst eines rücksichtslosen Staatsgedankens stehenden Kräfte vorzunehmen. Er hat einmal eingesetzte Ministerien wieder verschwinden lassen und staatsrechtlichen Formen eine andere Aufgabe zugedacht, wenn es den Anschein erweckte, dass die Neuschöpfung nicht das letzte Ziel der Einheitlichkeit und der Geschlossenheit darstellte. Damit ist aber gleichzeitig der Beweis erbracht, dass der staatspolitische *Aufbau Italiens* nicht nur den Niederschlag eines theoretisch ausgeklügelten Systems darstellt, wie es zu Beginn der Wirksamkeit des Faschismus der Fall zu sein schien und auch tatsächlich der Fall war. Das System ist heute praktisch erprobt und so ausgestaltet, dass es am besten den gegenwärtigen politischen, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Verhältnissen des neuen Italien entspricht.

Der letzte systematische Umbau erfolgte im Herbst des verflossenen Jahres. Die syndikalistische Entwicklung in Italien war für den Gesamtausbau des zusammenfassenden Staatsgedankens nicht gefahrlos gewesen. Denn mit der Bildung des Netzes der syndikalistischen Organisationen entstand gleichzeitig die Möglichkeit eines Auseinanderfallens der Kräftegruppen. Es lag aber anderseits durchaus nicht im Sinne der politischen Kräftegruppierung Italiens, die Syndikate abzuschaffen, die ja letzten Endes erst die Träger der staatsbildenden Gewalt waren. Nur ihre Bindung musste in anderer Weise vorgenommen werden als bisher. Und so erfolgte die organische Ueberleitung vom syndikalistischen zum korporativen Staat. Der korporative Staat hat die Aufgabe, unter Ausschaltung differenzierter Interessenstandpunkte eine Politik zu vertreten, die im Dienst der Volksgesamtheit liegt und an der lebensnotwendigsten Stelle mit den Reformen einsetzt.

DieserEinstellung entsprach es, dass an die Stelle des Volkswirtschaftsministeriums das Korporationsministerium trat, bezw. dieArbeitsgebiete des ersteren mit übernahm; im Zusammenhang damit steht es, dass ein eigenes Landwirtschaftsministerium geschaffen wurde, weil die landwirtschaftlichen Aufgaben in Italien in vordringlichster Stellung ihreBehandlung erfahren sollten, während die Ressorts der Industrie, des Handels, der Arbeit und Fürsorge in den Pflichtenkreis des Korporationsministeriums einbezogen wurden. Die ausserhalb des leitenden Korporationsministeriums stehenden Ressorts haben sämtlich ausgesprochen technischen Charakter, während die Führung der grundsätzlichen Politik dem Korporationsministerium obliegt. Dieses hat die Aufgabe, die gesamte